

Haushaltsrede 2026 – FDP-Fraktion Ostbevern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Bürgerinnen und Bürger!

Wenn wir heute auf den Haushalt 2026 blicken, sehen wir mehr als Zahlen und Tabellen. Wir sehen die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde – und wir müssen erkennen: Diese ist endlich.

Genau deshalb verlangt dieser Haushalt von uns eine konsequente Prioritätensetzung und ein Höchstmaß an Ausgabendisziplin.

Positiv erkennen wir an: Die Zeiten der „Luftbuchungen“ im Investitionsplan scheinen endgültig vorbei zu sein. Dass keine Phantasiesummen eingestellt werden, wo Konzepte noch fehlen, ist genau die Haushaltsklarheit, die wir Freie Demokraten immer gefordert haben. Auch dass unrealistische Zeitpläne bei geplanten Baumaßnahmen korrigiert werden und Mittel erst dann eingeplant werden, wenn die Baumaßnahme wirklich beginnen kann, zeugt von einem realistischeren Blick. Das schafft Transparenz und verhindert, dass wir Kreditermächtigungen auf Vorrat beschließen. Behalten wir diesen Kurs der „ehrlichen Zahlen“ bei.

Doch so gut die Aufbereitung auch ist – die Botschaft, die überbracht wird, ist bitter. Der vorliegende Entwurf ist ein deutliches Signal, dass unsere bisherigen Ausgabenstrukturen an ihre Grenzen gestoßen sind. Wir hatten bereits im letzten Jahr vor einer „strukturellen Überforderung“ gewarnt. Heute müssen wir feststellen: Diese Überforderung ist Realität.

Wir planen für 2026 mit einem Defizit von über **2 Millionen Euro**.

Und das auch nur, weil wir erneut auf das Prinzip Hoffnung setzen und einen „Globalen Minderaufwand“ von 600.000 Euro einpreisen – eine Summe, die wir erst noch einsparen müssen, ohne heute genau zu wissen, wie. Ohne diesen buchhalterischen Puffer läge unser wahres Defizit bereits bei knapp 3 Millionen Euro. Wir geben schlichtweg mehr aus, als wir einnehmen.

Natürlich gibt es externe Faktoren: Die Schlüsselzuweisungen brechen ein, die Kreisumlage explodiert auf über **11,6 Millionen Euro**. Seit 2020 ist die Belastung durch den Kreis um fast 50 Prozent gestiegen! Allein der Anstieg für das Jahr 2026 beträgt 1,4 Millionen Euro und macht somit den Großteil unseres Defizites aus. Das engt unseren finanziellen Handlungsspielraum massiv ein.

Das Prinzip darf nicht länger lauten: Der Kreis bestellt, die Gemeinde zahlt.

Herr Bürgermeister, wir erwarten von Ihnen, dass Sie in der Bürgermeisterkonferenz gemeinsam mit Ihren Amts-Kolleginnen und Kollegen unmissverständlich für unsere kommunale Selbstverwaltung eintreten.

Wenn der Kreis seine Ausgabenpolitik nicht konsequent an den schwindenden finanziellen Möglichkeiten der Kommunen ausrichtet, entzieht er uns jeglichen Spielraum für die Gestaltung vor Ort.

Dieses Durchreichen von Belastungen erleben wir leider bis hinauf zur Landes- und Bundesebene. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wer eine Leistung bestellt, muss auch für deren Finanzierung geradestehen – alles andere untergräbt die kommunale Selbstverwaltung massiv.

Gerade in dieser angespannten Lage ist es entscheidend, dass wir mit realistischen und transparenten Zahlen arbeiten. Dafür gilt unser ausdrücklicher Dank der Kämmerei.

Herr Dr. König hat die Haushaltsführung bis Ende des vergangenen Jahres verantwortet und maßgeblich geprägt. Frau Klein hat die Leitung der Finanzen in denkbar schwieriger Zeit kompetent übernommen und den vorliegenden Entwurf klar, strukturiert und nachvollziehbar fortgeführt. Dafür danken wir Ihnen beiden sowie Ihrem gesamten Team ausdrücklich.

Aber Transparenz allein löst unsere strukturellen Probleme nicht. Der größte Brocken in der mittelfristigen Finanzplanung sind die Schulinvestitionen: fast 10 Millionen Euro in drei Jahren. Als FDP-Fraktion sagen wir klar: Wir stehen zu einer modernen Schullandschaft. Aber wir haben auch die Verantwortung, keine Steuergelder in Gebäude zu investieren, die wir in zehn Jahren vielleicht nicht mehr füllen können.

Wir stehen vor einer besonderen Herausforderung: Wir steuern kurzfristig auf einen Schüler-Gipfel zu – aber die Geburtenzahlen zeigen relativ klar, dass dieser Gipfel nicht von Dauer sein wird. **Wir warnen davor, für einen vorübergehenden Höchststand Entscheidungen zu treffen, die die finanzielle Flexibilität kommender Generationen stark einschränken wird.**

Unsere Fraktion blickt deshalb sehr differenziert auf die geplanten Maßnahmen:

- **Wo der Bedarf baulich unabweisbar ist**, werden wir uns nicht verschließen. Aber wir tun dies mit Bauchschmerzen angesichts der langfristigen Auslastung. Unsere Bedingung ist hier: Die Architektur muss so multifunktional wie möglich gestaltet werden, damit Gebäude oder einzelne Räume später ohne weiteren Millionenaufwand problemlos einer anderweitigen und vor allem sinnvollen Nutzung zugeführt werden können.
- **Wo es jedoch um Kapazitätserweiterungen geht**, fordern wir vor dem ersten Spatenstich eine intelligente Bestandsprüfung. Wir müssen erst alle Potenziale im Gemeindegebiet ausschöpfen und sollten auch flexible

Modulbauweisen die später vielfältig und anderweitig einsetzbar sind in Betracht ziehen. **Flexibilität sollte hier oberste Priorität haben.**

Insofern genehmigen wir diese Mittel nicht als Freifahrtschein, sondern erwarten schlüssige Konzepte insbesondere auch für die langfristige Nachnutzung. Angesichts eines Defizits von über 2 Millionen Euro können wir uns keine „Leerstands-Investitionen“ leisten.

Die FDP-Fraktion steht wie keine andere Fraktion für eine wirtschaftsfreundliche Gemeinde. Aber genau deshalb blicken wir kritisch auf unser Sorgenkind: das **Gewerbegebiet West**. Die Realisierung ist erneut verschoben, nennenswerte Einnahmen liegen in weiter Ferne und das Defizit ist absehbar bereits jetzt in Millionenhöhe.

Gleichzeitig schränken restriktive Emissionsvorgaben die Vermarktung massiv ein. Wir warnen davor, Millionen in eine Erschließung zu pumpen, wenn am Ende nur „stilles Gewerbe“ ohne nennenswerte Gewerbesteuer übrigbleibt. Wir fordern von der Verwaltung im nächsten Quartal eine aktualisierte Wirtschaftlichkeitsberechnung. Sollte GE West langfristig wirtschaftlich nicht darstellbar sein, darf es keine Denkverbote geben: Dann müssen wir unsere Energie auf mögliche Alternativflächen konzentrieren!

Unabhängig davon sollten wir bereits jetzt die Suche nach sinnvollen weiteren Gewerbegebieten intensivieren, um eine langfristige Entwicklung des Gewerbebestandes Ostbevern sicherzustellen.

Ein Wort zur Windenergie: Mit den Vorrangzonen im Regionalplan haben wir unsere Pflicht erfüllt – das avisierte Flächenziel ist erreicht. Alles darüber hinaus ist die „Kür“. Für uns Freie Demokraten ist klar: Diese Freiheit darf nicht zur Belastung für unsere Bürgerinnen und Bürger werden.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Verwaltung unter anderem die **Zustimmung der betroffenen Nachbarn durch die 4H-Regelung** als eine der Voraussetzung für mögliche Positivplanungen vorgeschlagen hat. Das ist für uns kein bürokratisches Hindernis, sondern gelebter Eigentumsschutz. Das

wirtschaftliche Interesse eines Investors darf niemals automatisch Vorrang vor der Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner haben. Wir wollen einen Ausbau, der von breiter Akzeptanz getragen wird.

Des Weiteren ein gutes Beispiel, wie man Pflichtaufgaben intelligent lösen kann: Das geplante Feuerwehrgerätehaus in Brock. Dass wir heute über eine realistische Summe von 3,3 Millionen Euro sprechen statt der befürchteten 4,6 Millionen + X, ist das Ergebnis von Pragmatismus.

Die Idee eine bestehende Planung als Grundlage zu nehmen und darüber massiv Kosten zu sparen, kommt unserer grundsätzlichen Vorstellung von verantwortungsvollem Umgang mit Steuergeldern sehr entgegen. Wir brauchen eine zweckmäßige Lösung zur Sicherstellung des Bevölkerungsschutzes durch unsere ehrenamtlichen Kräfte - kein Denkmal.

Danke an den Fachbereich III für diesen Vorstoß!

Dieser Pragmatismus führt mich zu einem weiteren wichtigen Punkt: Dem ISEK. Die Gemeinde macht sich nun auf den Weg, dieses integrierte Konzept zu erstellen. Wir begrüßen das ausdrücklich, denn das ISEK ist für uns kein Selbstzweck, sondern das notwendige Fundament, um Fördermittel zu akquirieren. Ohne diesen strategischen Fahrplan blieben zukünftig viele Investitionen in unseren Ortskern schlicht unfinanzierbar.

Aber – und das ist uns wichtig: Das ISEK darf kein bloßes Wunschkonzert werden. Wir werden darauf achten, dass es wirtschaftlich nachhaltig bleibt und wir nur Projekte angehen, die Ostbevern wirklich voranbringen. Die Aussicht auf hohe Förderquoten ist der Hebel, den wir jetzt brauchen, um trotz prekärer Haushaltslage handlungsfähig zu bleiben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen: Dieser Haushalt verlangt uns viel ab. Die finanzielle Lage ist bedenklich und das geplante Defizit schmerzt uns als FDP-Fraktion zutiefst.

Nicht zuletzt auch deswegen haben wir uns bewusst in diesem Jahr mit Sonderanträgen und Sonderwünschen zum Haushalt zurückgehalten.

Aber wir sehen auch: Ostbevern bewegt sich. Die Abkehr von unrealistischen Planungen, der Mut zu pragmatischen Lösungen und der strategische Wille, Förderquellen konsequent zu erschließen, zeigen, dass wir gemeinsam die richtigen Prioritäten setzen können.

Trotz erheblicher Sorgen bei der Defizitentwicklung wird die FDP-Fraktion dem Haushalt mit seinen Änderungen heute zustimmen.

Wir erkennen das ehrliche Bemühen der Verwaltung „Notwendiges mit Machbarem und Finanzierbarem“ in Einklang zu bringen an und wollen den Weg der Konsolidierung konstruktiv begleiten. Aber seien Sie versichert: Wir werden insbesondere auch bei der Umsetzung der Großprojekte sehr genau hinschauen.

Lassen Sie uns diesen Haushalt als Auftrag begreifen: Mit Mut zur Wahrheit und dem Blick für das wirtschaftlich Machbare.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Marc Böckenholt

Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern